



# Bekanntmachung der Gemeinde Herscheid

## I.

### Satzung

#### der Gemeinde Herscheid über die Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuern und die Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung) vom 13.12.2011

Aufgrund der §§ 7 und 41 Abs. 1 Buchstabe f) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2011 (GV. NRW S. 271) in Verbindung mit § 25 des Grundsteuergesetzes (GrStG) vom 7. August 1973 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2794), und § 16 des Gewerbesteuergesetzes (GewStG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4167), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1768), hat der Rat der Gemeinde Herscheid in seiner Sitzung am 12.12.2011 folgende Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern beschlossen:

### § 1

#### Steuersätze für die Realsteuern

Die Steuersätze für die Realsteuern der Gemeinde Herscheid werden wie folgt festgesetzt:

- |    |   |                  |
|----|---|------------------|
| 1. | Grundsteuer   |                  |
|    | a) für land- und forstwirtschaftliche Grundstücke (Grundsteuer A) | <b>220 v. H.</b> |
|    | b) für Grundstücke (Grundsteuer B)                                | <b>432 v. H.</b> |
| 2. | Gewerbesteuer   | <b>420 v. H.</b> |

### § 2

#### Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2012 in Kraft.

## II.

### Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

#### Hinweis

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet  
oder
- der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Herscheid, 13.12.2011

Der Bürgermeister  
S c h m a l e n b a c h